

KOMMUNIKATION

Alexander Dietz

Ideologieverdacht ernst nehmen

Zur Abwehrhaltung vieler Geisteswissenschaftler gegenüber dem Thema Wissenschaftsmanagement – eine Diskussionsanregung



Damit die Kommunikation gelingen kann, müssen sich Wissenschaftsmanager auf die differenzierte Denkweise von Geisteswissenschaftler einlassen können.

Foto: kaemte/PIXELIO

Wenn man mit Geisteswissenschaftlern über Wissenschaftsmanagement sprechen möchte, stößt man oft auf eine Abwehrhaltung und eine ökonomiefeindliche Ideologie. Dies hat häufig mit mangelnder Fähigkeit und Bereitschaft zu Differenzierungen sowie Blindheit gegenüber eigenen ideologischen Denkweisen auf Seiten des Gesprächspartners zu tun, auf die Geisteswissenschaftler nachvollziehbar reagieren. Eine Lösung des Kommunikationsproblems ist aber möglich.

In seiner Weihnachtsansprache im Jahr 2003 sagte der damalige Bundespräsident Johannes Rau: „Wir müssen aber aufpassen, dass nicht unser gesamtes gesellschaftliches Leben in allen Bereichen immer mehr nach den Mustern von Wirtschaftlichkeit und Effizienz geprägt wird. Bilanz, Kapital, Ressource: Das sind Begriffe, die in der Wirtschaft unverzichtbar sind. Aber sie gehören nicht in jeden anderen Lebensbereich. Sonst wird selbst in Familien, in Partnerschaften und bei Kindern gerechnet: Was kostet mich das, was bringt mir das? Ich glaube: Wenn wir alle Lebensbereiche nur noch nach wirtschaftlichen Gesetzen formen, geraten wir in eine Sackgasse. Dadurch verfehlen und verpassen wir wesentliche Dinge im Leben.“

Rau wendet sich gegen eine Ideologie des Ökonomismus, wie sie in unserer Gesellschaft in den letzten Jahren und Jahrzehnten zunehmend an Einfluss gewinnt. Diese Ideologie findet ihren Ausdruck in einem sogenannten ökonomischen Imperialismus der Wirtschaftswissenschaften, in einer zunehmenden Durchdringung sehr vieler Lebensbereiche und Institutionen mit einseitig ökonomischem Denken sowie im politischen Absolutheitsanspruch einer Bewertung des populistisch-neoliberal gedachten Funktionierens der Wirtschaft als höchstem Gut (vgl. Dietz 2005, S. 179ff). Geisteswissenschaftler nehmen in der Regel aufgrund ihrer spezifischen Bildung diese Ideologie sehr sensibel wahr, lehnen sie ab und sind skeptisch gegenüber Vorschlägen von Menschen, die von Wissenschaftsmanagement sprechen, ohne eine Sensibilität für die Problematik dieser Ideologie spüren zu lassen.

Neben der Ideologie des Ökonomismus auf der einen Seite gibt es auch eine Ideologie der Ökonomiefeindlichkeit auf der anderen Seite. Diese Ideologie der Ökonomiefeindlichkeit findet ihren Ausdruck in einer radikal-einseitigen Kritik an der Marktwirtschaft, in einer Abwertung wirtschaftlicher Tätigkeit überhaupt und in der Forderung, ökonomische Aspekte, die nicht direkt im Wirtschaftsbereich verortet sind, vollkommen auszuklammern. Wissenschaftsmanager nehmen diese Ideologie häufig bei Geisteswissenschaftlern wahr und ärgern sich darüber. Weiterführender wäre es, wenn diejenigen, die für Wissenschaftsmanagement werben, erkennen, dass es sich häufig auch um eine Gegenreaktion auf ihr eigenes Auftreten handelt. Beide Seiten sollten demnach Einseitigkeiten im eigenen Denken wahrnehmen und stärker differenzieren, damit sich Abwehrhaltungen schneller abbauen lassen.

Verhältnisbestimmung von Wissenschaft und Ökonomie

Inwieweit haben sich Wissenschaft und Bildung volkswirtschaftlichen Nutzenerwägungen anzupassen? Dahinter steht die grundsätzliche Frage, ob eine gut funktionierende Wirtschaft oder etwas anderes (beispielsweise das Erreichen der individuellen menschlichen Bestimmung) das übergeordnete Ziel wissenschaftlicher Tätigkeit und menschlicher Bildung darstellen soll. Zum anderen bleibt zu klären, welche Rolle eine gut funktionierende Wirtschaft für das Erreichen dieser individuellen Bestimmung spielt und umgekehrt.

Im klassischen Verständnis von Wissenschaft und Bildung, das vielen Geisteswissenschaftlern wichtig ist, ist das übergeordnete Ziel von Wissenschaft und Bildung, einen Beitrag dazu zu leisten, dass Menschen ihre Bestimmung erreichen. Auch die Wirtschaft hat letztlich kein anderes Ziel. Beide Bereiche dienen demnach dem gleichen übergeordneten Ziel – allerdings durch die Erfüllung unterschiedlicher Funktionen: Wissenschaft und Bildung leisten durch die Entfaltung menschlicher Potenziale und Entwicklungsprozesse im Kontext von Tätigkeiten, die der Wissensprüfung und -erweiterung dienen, einen Beitrag zu diesem Ziel. Die Wirtschaft leistet dadurch einen Beitrag zu diesem Ziel, dass sie den materiellen Lebensunterhalt der Menschen sichert.

Beide Bereiche sollten sich ergänzen. Sie sind aufeinander angewiesen, da die Wirtschaft ohne Wissen und ohne gebildete Menschen ebenso wenig funktionieren kann wie die Wissenschaft ohne die Zuweisung von und den Umgang mit materiellen Ressourcen.

Wissenschaft und Wirtschaft erfüllen ihre Aufgaben am besten, wenn sie ihren Tätigkeiten für den jeweiligen Bereich angemessene Leitkategorien zugrunde legen. Wissenschaftliche Tätigkeit folgt anderen Leitkategorien als wirtschaftliche Tätigkeit. Zwischen den Forderungen, die von einzelnen Vertretern der Wirtschaft an die Universitäten in Bezug auf die Gestaltung ihrer Tätigkeit gestellt werden und dem, was unter Berücksichtigung der Leitkategorien von Wissenschaft und Bildung angemessen erscheint, muss kein Widerspruch bestehen. Aber dort, wo ein Widerspruch besteht, sollten – mit Blick auf die bestmögliche Erfüllung der spezifischen Aufgabe des Wissenschaftsbereichs – die bereichseigenen Leitkategorien Vorrang haben.

Forderungen an die Universitäten

Manche fordern unter Berufung auf volkswirtschaftliche Nutzenerwägungen von der Universität

- ◆ erstens eine stärkere Orientierung an der praktischen Vorbereitung auf den Beruf (Vereinheitlichung der Lehrinhalte, effizientere Vermittlung und stärkeren Praxisbezug),
- ◆ zweitens eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen (Qualitätssicherung und internationale Vereinheitlichung) und
- ◆ drittens eine Ressourcenkonzentration auf Wissenschaftsdisziplinen und Forschungsbereiche, die so zeitnah und direkt wie möglich zur Realisierung ökonomischer Gewinne beitragen.

Eine Orientierung an der ersten Forderung befördert Verschulungs- und Bürokratisierungstendenzen. Die damit verbundene Einschränkung der wissenschaftlichen Freiheit, Kreativität und Forschungsmöglichkeiten für Dozenten und Studierende steht im Gegensatz zur Aufgabe von Wissenschaft und Bildung. Auf der anderen Seite besteht jedoch in der Anregung zur Auseinandersetzung mit Möglichkeiten besserer didaktischer Vermittlung sowie einer besseren Verzahnung von weniger und stärker praxisbezogenen Inhalten auch eine Chance für die Beförderung von Wissenschaft und Bildung. Die zweite Forderung wird derzeit im Bologna-Prozess umgesetzt. Während viele Universitäten ihre Studien- und Prüfungspläne geändert haben, ohne sich zuvor in

Literatur:

Dietz, A., *Der homo oeconomicus – Theologische und wirtschaftsethische Perspektiven auf ein ökonomisches Modell*, Gütersloh 2005.

Krebs, W., *Marketing der Wissenschaften – Strategien des planbaren Erfolges – Unter besonderer Berücksichtigung geisteswissenschaftlicher Studiengänge*, Berlin 2006.

Rorty, R., *Wissen deutsche Politiker, wozu Universitäten da sind?*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (31.08.2004).

Stichwörter

Geisteswissenschaftler

Ideologie

Ökonomismus

Ökonomiefeindlichkeit

Bestimmung

summary

If you want to talk to humanists or arts scholars about science management you will often encounter resistance and economic-adverse ideology. However this has frequently to do with a lack of ability and willingness to differentiations as well as blindness towards own ideological way of thinking of the conversational partner to which humanists react comprehensible.

angemessenem Umfang mit den problematischen Aspekten auseinandergesetzt zu haben, sind andere Einrichtungen und Wissenschaftler nicht bereit, die Chancen des Prozesses zu sehen und zu nutzen.

Die dritte Forderung leitet über zu der Frage, inwieweit die staatliche Finanzierung von Wissenschaft und Bildung von ökonomischen Kosten-Nutzen-Rechnungen abhängen soll. Als die Hamburger Hochschulpolitik im Jahr 2004 auf der Grundlage einer Orientierung am prognostizierten Absolventenbedarf des Wirtschaftsstandorts Hamburg eine Halbierung der Stellen in den Geisteswissenschaften beschloss, reagierte der amerikanische Philosoph Richard Rorty mit einer Stellungnahme, die in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlicht wurde. Der Titel dieser Stellungnahme lautet: „Wissen deutsche Politiker, wozu Universitäten da sind?“ Rorty verleiht seinem Unverständnis darüber Ausdruck, wie eine Universität sich einen solchen Eingriff in ihre Selbstbestimmung gefallen lassen könne. Er weist auf die zerstörerischen Folgen solcher Entscheidungen für die deutsche Forschungs- und Bildungslandschaft hin und ist verwundert, dass solche Maßnahmen, die seines Erachtens von keiner amerikanischen Universität auch nur in Erwägung gezogen würden, in einem Land vollzogen werden, das einmal als weltweites Vorbild für die Gestaltung von Universitäten galt (vgl. Rorty 2004).

Marginalisierung von Grundlagenforschung und Geisteswissenschaften

Die Forderung nach einer Konzentration auf Wissenschaftsdisziplinen und Forschungsbereiche, die so zeitnah und direkt wie möglich zur Realisierung ökonomischer Gewinne beitragen, überträgt ökonomische Leitkategorien – ungeachtet ihres Widerspruchs zu Leitkategorien von Wissenschaft und Bildung – auf die Hochschulpolitik. Das kann zu einer Marginalisierung von Grundlagenforschung und Geisteswissenschaften führen, die Folgen für Wissenschaft und Bildung wären verheerend.

Die Finanzierung sogenannter öffentlicher Güter ist eine der Hauptaufgaben des Staates. Zu diesen Gütern gehören weite Teile des Wissenschafts- und Bildungssystems, und zwar insbesondere diejenigen Bereiche, die nicht oder kaum zur Realisierung ökonomischer Gewinne beitragen, wie eben an der Universität die Grundlagenforschung und die Geisteswissenschaften. Insofern handelt es sich um ein fundamentales Missverständnis, wenn die staatliche Finanzierung nur als Vorfinanzierung betrachtet wird, und man dieser Logik entsprechend nur noch in Bereiche investiert, die das Geld „wieder einspielen“. Für den Bildungsbereich bleibt die Frage, inwieweit man Mittelkürzungen unter dem Deckmantel der Schlagworte Eigenverantwortung oder Autonomie hinnimmt und inwieweit man glaubt, dass es in Zukunft unmöglich sein soll, aus öffentlichen Geldern mehr als eine unzureichende Grundversorgung zu finanzieren.

Wissenschaftler als Manager?

Die Forderung, dass Wissenschaftler verstärkt Managementkompetenzen erwerben und anwenden sollen, wird häufig mit fehlenden finanziellen Mitteln begründet. Wissenschaftler sollen diese Lücke durch die Anwendung von Managementtechniken ausgleichen, ihre Abläufe so optimieren, dass mit weniger Mitteln ebenso gute oder bessere Ergebnisse erzielt werden können sowie sich auch zunehmend der alternativen Mittelbeschaffung widmen (Drittmittel, Vermarktung). Dieses Begründungsmuster basiert aber auf Missverständnissen bezüglich der Leitkategorien wissenschaftlicher Tätigkeit, des Zieles der Institution Universität sowie bezüglich staatlicher Aufgaben. Solche Missverständnisse werden mitunter von Universitätsverwaltungs-Mitarbeitern gefördert, wenn sie vergessen, dass ihre Tätigkeit trotz der Anwendung betriebswirtschaftlicher Methoden nicht Gewinnmaximierungszielen, sondern Bildungszielen dienen soll.

keywords

**humanists
arts scholars
economic-adverse
ideology
destination
economism**

Andererseits müssen bestimmte Managementaufgaben wie Zeitplanung oder Mitarbeiterbetreuung von jedem Wissenschaftler erledigt werden. Wenn Managementtechniken dazu beitragen, diese Aufgaben möglichst effizient erledigen zu können, so dass dann mehr Zeit und Geld für die eigentliche wissenschaftliche Tätigkeit zur Verfügung stehen, dienen sie dem Ziel der Wissenschaft und der Aufgabe der Universität und sind somit zu begrüßen. So bleibt der Wissenschaftler ein Wissenschaftler, der gezielt Managementmethoden dort anwendet, wo es sinnvoll ist, und nicht zum Manager wird, bei dem ökonomische Kategorien zu den Leitkategorien seiner gesamten Tätigkeit werden, deren Charakter sich dadurch grundlegend verändert

Geisteswissenschaftler können – wie andere Wissenschaftler auch – von Managementkompetenzen profitieren, und zwar nicht zum Schaden, sondern zum Nutzen der Wissenschaft. Es ist unmittelbar einleuchtend, dass es gut ist, wenn ein Gastvortrag auf eine Weise vorbereitet und angekündigt wird, die dazu führt, dass viele Studierende Lust haben zu kommen. Es ist erfreulich, wenn ein Wissenschaftler in einem Zeitungsinterview so von seinem Forschungsgegenstand spricht, dass viele Leser Interesse dafür entwickeln und nicht Vorurteile dagegen. Und es wäre auch wünschenswert, dass Geisteswissenschaftler strategisch Einfluss auf die öffentliche Meinung nehmen, indem sie überzeugend erklären, was sie tun, warum sie es tun und mit welchem Erfolg sie es tun, um im Kontext der Diskussionen um Universitätsreformen, ihre Position zu behaupten. Alle diese Beispiele haben mit Managementkompetenzen (in diesen Fällen aus dem Bereich des Marketings) zu tun (vgl. Krebs 2006).

Fazit

Geisteswissenschaftler brauchen Qualifizierungsangebote im Bereich des Wissenschaftsmanagements, die spezifisch auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind (andere Evaluierungsinstrumente, mehr Persönlichkeits- als Teamentwicklung usw.), aber vor allem brauchen sie Gesprächspartner mit Differenzierungsvermögen, die kein Vokabular benutzen, das dem Verdacht Vorschub leistet, sie wollten die Wissenschaft ökonomisieren, das übergeordnete Ziel wissenschaftlicher Tätigkeit demontieren oder Wissenschaftler zu Managern umfunktionieren. Das erfordert mehr als ein paar kleine Umformulierungen, es erfordert eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den eigenen Denkkategorien. Menschen, die Geisteswissenschaftler für Ideen im Bereich des Wissenschaftsmanagements gewinnen möchten, sollten sich auf deren differenzierende Denkweise einzulassen. Das kostet Energie, ist aber die Voraussetzung für eine gelingende Kommunikation. Ein Verfechter des Wissenschaftsmanagements, der sich auf die oben beschriebenen Differenzierungen einlässt, wird nicht nur Geisteswissenschaftler eher für seine Ideen gewinnen, sondern auch einen persönlichen Gewinn davontragen, da er ideologische Tendenzen in seinem eigenen Denken überwinden kann.



Dr. Alexander Dietz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Ethik an der Theologischen Fakultät der Universität Heidelberg. Forschungsschwerpunkte: Wirtschaftsethik und Medizinethik.

Kontakt:

Alexander Dietz
Universität Heidelberg
Wissenschaftlich-Theologisches Seminar
Kisselgasse 1
69117 Heidelberg
Tel. +49 69 67 73 88 69
E-Mail: alexander.dietz@wts.uni-heidelberg.de